

02/2017

fdplus

Schauen wir nicht länger zu.



Nicola Beer

Über Bildung, die Debattenkultur
und eine Agenda 2030

Landtagswahlen

Mit Rekordergebnissen in die
Koalitionsverhandlungen

Doofgedicht

Gedicht zur gefühlten
Lage der Welt

Wer kann Bildung?
Wie geht Sicherheit?
Was ist Freiheit?

Freiheit .org

Schauen wir
nicht länger zu



Nils Droste
Chefredakteur

Das Motto des Bundesparteitags wird in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen bereits mit Leben gefüllt. Zwei Koalitionen mit FDP-Antrieb können für einen Politikwechsel sorgen, auf den der Bund noch warten muss. Deshalb bildet der Bundesparteitag den Schwerpunkt dieser Ausgabe, ergänzt um die beiden Landtagswahlen. Darin lesen Sie alles über Reden, Wahlen und das Bundestagswahlprogramm. Hinzu kommt ein Interview mit Generalsekretärin Nicola Beer, in dem sie über Highlights der Debatte und die Mitgliederbeteiligung am Programm spricht. Das Stück über die Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zeichnet die Wahlkämpfe und die Koalitionsverhandlungen nach. In der digitalen Ausgabe erwarten Sie zudem zusätzliche Fotos vom Bundesparteitag und ein Artikel über das bedenkliche Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Darüber hinaus gibt es das Doofgedicht zum Nachlesen, einen Beitrag der Stiftung zum Arbeitsmarkt und von Christian Dürr zur unternehmerischen Landwirtschaft. Wir freuen uns auf Ihr Feedback. Schreiben Sie mir einfach.

Ihr

Nils Droste



Schauen wir nicht länger zu

Inhaltlich und personell gut aufgestellt für die Bundestagswahl im September.

5 Meldungen

6 Schauen wir nicht länger zu

D3 Hate Speech muss im Rahmen des Rechtsstaates bekämpft werden

10 „In Deutschland wurde viel zu lange ausgesessen, mit ruhiger Hand regiert oder abgewartet“

Interview mit Nicola Beer über Bildung, die Debattenkultur und eine Agenda 2030.

12 Das Beste für unser Land

Mit Rekordergebnissen bei den Landtagswahlen in die Verantwortung.

15 Das Doofgedicht

Nie war es einfacher, alles besser zu machen.

16 Agenda-Reform: Investition in die Zukunft der Beschäftigung

18 Schützen durch Nützen – für eine moderne innovative Landwirtschaft

Beitrag von Christian Dürr zur unternehmerischen Landwirtschaft.

Freie Demokraten trauern um Hans-Heinrich Sander



Hans-Heinrich Sander

Niedersachsens ehemaliger Umweltminister Hans-Heinrich Sander ist im Alter von 72 Jahren verstorben. „Mit ihm haben wir einen großen niedersächsischen Liberalen verloren, der es verstanden hat, mit seiner Herzlichkeit und Durchsetzungsfähigkeit Menschen für sich und die Politik der

Freien Demokraten einzunehmen und zu begeistern“, sagte FDP-Landeschef Stefan Birkner in einem gemeinsamen Statement mit FDP-Fraktionschef Christian Dürr. Hans-Heinrich Sander habe sich über mehrere Jahrzehnte „in vielfältiger Weise aufopferungsvoll und selbstlos“ für die Belange des Gemeinwohls und der Freien Demokraten eingesetzt.

Den digitalen Wahlkampf mit FDPush unterstützen

Im Superwahljahr 2017 werden wir den digitalsten Wahlkampf aller Zeiten erleben. Für die Freien Demokraten ist das eine große Chance: Noch nie war es möglich, so gezielt potenzielle Wähler anzusprechen. Wir wollen das noch schneller tun: Mit dem Facebook-Messenger-Dienst FDPush. Dieser weist Sie auf besonders relevante Beiträge und Aktionen der FDP in den sozialen Netzwerken hin, die schnell Unterstützung benötigen. Und so geht's: Suchen Sie zunächst bei Facebook nach FDPush. Auf der Seite angekommen, klicken Sie zuerst auf „Gefällt mir“ und schicken dem Dienst dann eine Nachricht („Los geht's“).

Anzeige

FÜR UNSERE GESUNDHEIT HAT INSELARZT MARTIN 700 SPRECHZIMMER. WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/martin IHRE PRIVATEN KRANKENVERSICHERER



Foto: Matthias Hornung

Schauen wir nicht länger zu

Die Freien Demokraten haben ihr Bundestagswahlprogramm verabschiedet. Jetzt geht es inhaltlich und personell gut aufgestellt Richtung Bundestagswahl am 24. September.



Michael Lindner
Redakteur



Foto: Caitlin Hardee

Die Station Berlin am Gleisdreieck: Seit Ende 2013 ist sie das Zuhause der Freien Demokraten. Beide verbindet eine wechselhafte Geschichte mit Höhen und Tiefen. Die Station, ein Bahnhof, feierte nach Stilllegung und Dornröschenschlaf ein Comeback als gefragte Szene-Location. Die Freien Demokraten sind dabei, es ihr nachzutun. Nach Absturz und Neuformierung sind wir wieder da – genauso wie die Chancen auf ein Comeback auf Bundesebene. Damit wächst das Interesse an der Partei spürbar an. Alleine die Zahlen des Parteitags sprechen für sich: über 1500 Gäste, mehr als 250 Journalisten und die Halle platzt aus allen Nähten. Christian Lindner brachte es zu Beginn des Bundesparteitags auf den Punkt: Unser Motto ist nicht „Weiter so“ – das überlassen wir Angela Merkel. Oder „Früher war alles

besser“, denn wir wollen auch keine Agenda 1995. Die will Martin Schulz. Wir setzen dem unsere Agenda 2030 entgegen: ein fortschrittsfreundliches Wahlprogramm, das optimistisch in die Zukunft blickt, Chancen wahrnehmen und gestalten will und neben den turnusgemäßen Vorstandswahlen zentraler Punkt auf der Agenda des Parteitags war. „Die FDP wird wieder wahrgenommen“, bemerkte auch Wolfgang Kubicki bei seiner Eröffnung des Bundesparteitags. Er schwor die Delegierten und Parteifreunde im Saal auf die gemeinsame Mission ein: „Wer eine vernünftige, zukunftsgerichtete Politik will, muss FDP wählen!“ Denn die anderen Angebote hätten gerade während der Großen Koalition unter Beweis gestellt, dass sie es entweder nicht könnten, oder sie schlichtweg nicht wollten. Und er stellte



Foto: Gerhold Hinrichs-Henkensiefken

Das Präsidium nach der Rede von Christian Lindner

klar, dass es zuerst um die Standpunkte der FDP selbst gehe und nicht um die Positionen der anderen Parteien. „Wir sind die einzige Partei, die Menschen nicht erziehen will. Sondern befähigen will, das Beste aus sich selbst und ihrem Leben zu machen!“

Christian Lindner führte in seiner anschließenden Rede diesen Gedanken weiter. Er unterfütterte ihn mit Forderungen nach einer Reformagenda 2030 für Deutschland: „Wir wissen heute mehr denn je, dass Fairness und Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft in der Zukunft nicht vom Steuersystem entschieden werden“. Weil der Einzelne groß und zum Architekten seines Lebens gemacht werden solle, wolle die FDP weltbeste Bildung für Deutschland, betonte er. Lindner konstatierte: „Das ist das Ziel, das Priorität ha-

ben muss.“

Neben dieser Kernforderung umriss er, wie sich die Freien Demokraten den perfekten Staat vorstellen: der die Menschen befähigt und ihnen zutraut, selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu leben und ihr Glück zu finden. „Wir brauchen einen Staat, der nicht als Aufpasser oder Erziehungsberechtigter auftritt – sondern als Problemlöser. Diesen Staat wollen wir den Menschen zurückgeben“, erklärte Lindner. Die Freien Demokraten hätten ihre Prioritäten vermessen. Erstens, wollten sie weiter Fairness zwischen Bürger und Staat bei den Finanzen. Zweitens, würden sie sich weiter gegen Bürokratismus, der Eigenverantwortung und Kreativität der Menschen fesselt, wenden. Drittens, sei die FDP weiter und aus Überzeugung Anwalt des Mittel-

Wahlergebnisse des 68. Ord. Bundesparteitags

Bundsvorsitzender: Christian Lindner **91,00%** | **Stellvertretende Vorsitzende:** Wolfgang Kubicki **92,29%** | Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann **58,39%** | Katja Suding **81,18%** | **Bundesschatzmeister:** Dr. Hermann Otto Solms **91,42%** | **Beisitzer des Präsidiums:** Michael Theurer **73,95%** | Volker Wissing **88,10%** | Frank Sitta **92,57%** | **Generalsekretärin:** Nicola Beer **79,54%**

Beisitzer des Bundesvorstandes: Michael Link | Daniel Föst | Lars F. Lindemann | Axel Graf Bülow | Prof. Dr. Hauke Hilz | Claas Voigt | Bettina Stark-Watzinger | René Domke | Sylvia Bruns | Johannes Vogel | Daniela Schmitt | Kirsten Cortez | Roland Werner | Dr. Marcus Faber | Dr. Heiner Garg | Thomas L. Kemmerich | Lencke Steiner | Alexander Pokorny | Otto Fricke | Konstantin Kuhle | Linda Teuteberg | Christian Dürr | Dr. Joachim Stamp | Pascal Kober | Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué | Dr. Stefan Ruppert | Jimmy Schulz | Manuel Höferlin | Judith Skudelny | Dr. Marcel Klinge | Bijan Djir-Sarai | Hans-Joachim Otto | Dr. Andreas Reichel | Alexander Hahn

stands, denn er sei das Rückgrat der Wirtschaft und Garant für Stabilität. Viertens, stehe sie zum geeinten Europa und zur transatlantischen Partnerschaft und fünftens, verteidige sie Bürgerrechte weiter gegen Bespitzelung und Zensur, weil man die Freiheit nicht schützen könne, indem man sie restlos dem Staat opfere. Lindners Resümee fiel deutlich aus: „Wer eine andere Lieblingspartei als die FDP hat, der kann diese ja wählen. Wer aber Soziale Marktwirtschaft, Bürgerrechte und Toleranz wählen will, für den ist jede Stimme an eine andere Partei eine verlorene Stimme.“ Nach der Aussprache waren die 662 Delegierten an der Reihe, das Präsidium und den Bundesvorstand neu zu wählen. Christian Lindner machte den Anfang und wurde mit einem starken Votum von 91 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Lindner nahm die Wahl „mit Freuden“ an und führt die Freien Demokraten nun mit großer Rückendeckung in den Wahlkampf.

Lindners Stellvertreter Wolfgang Kubicki, Marie Agnes Strack-Zimmermann und Katja Suding wurden ebenso im Amt bestätigt wie Hermann Otto Solms als Schatzmeister und die Beisitzer Michael Theurer und Volker Wissing. Neu in das Präsidium wurde Frank Sitta gewählt. Die amtierende Generalsekretärin Nicola Beer wurde ebenfalls wiedergewählt und komplettierte damit das Präsidium. Anschließend erfolgte die Wahl der 34 Beisitzer des Bundesvorstands, die bis Samstag dauerte.

Danach stand das Wochenende ganz im Zeichen der Programmdebatte: „Was lässt uns nicht los an der liberalen Idee?“, fragte Nicola Beer in ihrer Einbringungsrede zu Beginn der Beratung des Bundestagswahlprogramms. Um gleich selbst zu antworten: „Was uns gemeinsam antreibt,

ist der Glaube an den einzelnen Menschen.“ Die Freien Demokraten wüssten, dass jeder große Potenziale habe. Deswegen sei es Aufgabe des Staats, jeden Einzelnen stark zu machen, die Menschen zu befähigen anstatt zu bevormunden. Beer unterstrich, dass jeder Macher in diesem Land sein könne. Dass jeder seines Glückes Schmied sein könne. „Deswegen ist Mut machen, ist stark machen, genau das, was unser Programm prägt“, so Beer. Bildung sei der Schlüssel zum persönlichen Glück.

Dieser Geist zieht sich durch das ganze Programm, das die Delegierten leidenschaftlich diskutierten und am Sonntagnachmittag einstimmig beschlossen. Die Schwerpunkte bilden dabei die Bereiche Bildung und Digitalisierung mit den zentralen Forderungen nach Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildungsfinanzierung und einem unkomplizierten Staat, der alle Möglichkeiten nutzt, die sich durch die Digitalisierung bieten. Zudem wird ein Einwanderungsgesetz gefordert, um die qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt zu steuern. Und die Bürger sollen um mindestens 30 Milliarden Euro entlastet werden, was durch die Steuermehreinnahmen in dreistelliger Milliardenhöhe realistisch ist.

Nicola Beer, die federführend für den Programmwurf verantwortlich war, war mit dem Ergebnis rundum zufrieden: „Wir haben ein großartiges Programm beschlossen.“ Die Beratungen seien „leidenschaftlich“ gewesen und trotzdem „sachlich und ergebnisorientiert“. Bei diesem Bundesparteitag hatten die Delegierten auch zum ersten Mal die Möglichkeit, elektronisch abzustimmen. Die Freien Demokraten diskutieren eben nicht nur über die Zukunft, sie beschreiten auch den Weg dorthin.



Hate Speech muss im Rahmen des Rechtsstaates bekämpft werden

Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz will Heiko Maas gegen Hate Speech vorgehen. Die Freien Demokraten haben dagegen größte Bedenken. Sie wollen das Gesetz verhindern.



Michael Lindner
Redakteur

Hass und Hetze sind ein Problem in unserer Gesellschaft. Das gilt allem voran für das Internet und die sozialen Netzwerke. Doch klar ist: Solche Probleme lassen sich nicht einfach verbieten. Und sie lassen sich nicht immer sofort zweifelsfrei ermitteln. Genau das will Bundesjustizminister Heiko Maas jedoch mit seinem Netzwerkdurchsetzungsgesetz, kurz NetzDG, suggerieren. Es sieht vor, dass die Betreiber von sozialen Netzwerken strafbare Inhalte innerhalb von 24 Stunden löschen müssen. Dabei ist es Aufgabe des Staates, zu entscheiden, was strafbar ist, und gegen diese Inhalte vorzugehen. Sie gehört nicht in die Hände privater Unternehmen. Das Gesetz darf nicht über die mangelhafte Ausstattung unserer staatlichen Institutionen hinwegtäuschen, indem es einfach hoheitliche Aufgaben ausgelagert.

Für Nicola Beer ist das NetzDG daher unhaltbar. Man könne nicht in sozialen Medien an Richtern und Staatsanwälten vorbei durch Anbieter löschen lassen, das sei in einem Rechtsstaat inakzeptabel. „Eine solche Privatisierung des Gewaltmonopols des Staates darf nicht stattfinden“, kritisiert Beer. Vielmehr müsse die Justiz so ausgestattet werden, dass sie schnell und wirksam auf Strafrechtsverstöße reagieren könne. Das NetzDG löse die bestehenden Probleme nicht. Es öffne stattdessen der Willkür Tür und Tor. Wolfgang Kubicki sieht das Gesetz ebenfalls kritisch: „Es ist ziemlich hanebüchen, dass soziale Netzwerke gesetzlich zur Zensur gezwungen werden, während es der Justizminister in den vergangenen dreieinhalb Jahren nicht auf die Reihe bekommen hat, in seinem Verantwortungsbereich für



Foto: iStock

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz könnte die Meinungsfreiheit einschränken

die notwendigen personellen Kapazitäten zu sorgen“. Er bewertet es als „blanken Populismus“. Christian Lindner hält das Gesetz nicht nur für unnötig, sondern auch gefährlich. „Wir haben die rechtlichen Möglichkeiten, um gegen Verleumdung und Fake News in sozialen Medien vorzugehen. Sollte das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Kraft treten, hätte ich die Sorge, dass die Unternehmen im vorauseilenden Gehorsam zu viel löschen“, so Lindner. Mit ihrer Auffassung befinden sich die Freien Demokraten in guter Gesellschaft. Ein breites Bündnis aus Organisationen, Wirtschafts-, Medien- und Branchenverbänden teilt die Kritik, darunter die Bitkom, der Bundesverband Digitale Wirtschaft, der Verband Deutscher Zeitschriftenverle-

ger, der Deutsche Journalisten-Verband und Reporter ohne Grenzen. Sie alle bekräftigen: Das Gesetz kann katastrophale Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit haben. Und der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hält es in einem Gutachten für fraglich, ob das Gesetz überhaupt mit Europarecht vereinbar ist. Für die Freien Demokraten ist damit klar: Der Gesetzentwurf ist höchst bedenklich und darf nicht vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden. Rechtsdurchsetzung gehört nicht in private Hand. Das gilt umso mehr, wenn die Meinungsfreiheit davon betroffen ist. Maas sollte den Gesetzentwurf deshalb zurückziehen. Hate Speech bekämpfen ja, aber im Rahmen unseres Rechtsstaates.

„In Deutschland wurde viel zu lange ausgesessen, mit ruhiger Hand regiert oder abgewartet“

Interview mit der Generalsekretärin Nicola Beer über Bildung, die Debattenkultur und eine Agenda 2030



Nils Droste
stellte die Fragen

Frau Beer, das Programm für die Bundestagswahl wurde nach intensiver zweitägiger Debatte beschlossen. Was waren Ihre Highlights?

Es war großartig mitzuerleben, wie engagiert die Freien Demokraten beraten haben: in der Sache Streitbar, stets sachlich und ergebnisorientiert. Die Leidenschaft war förmlich mit Händen zu greifen. Inhaltlich bin ich besonders stolz auf unsere breit angelegte Bildungsoffensive. Bildung ist ebenso wie die sinnvoll gestaltete Digitalisierung der Schlüssel zu Freiheit und Wohlstand, zu Selbstbestimmung und Zukunftsfähigkeit des Einzelnen, aber auch des ganzen Landes. Ich bin stolz darauf, dass die Freien Demokraten diese Gedanken mit Leben erfüllt haben.

Es wurde teils sehr energisch diskutiert. Was bedeutet das für die Debattenkultur?

Die Freien Demokraten sind weder ein Abnick-, noch ein Kanzlerwahlverein. Es waren immer liberale Köpfe, die hinterfragt, um die besten Lösungen gerungen und sich dabei auch mit anderen Meinungen auseinandergesetzt haben. Wenn überall so leidenschaftlich und konstruktiv gestritten würde, dann wäre es besser um unser Land bestellt. Die Art und Weise, wie hier und auch im Vorfeld des Bundesparteitages inhaltlich mit Herz und Hirn debattiert wurde, ist vorbildlich für die politische Debattenkultur in unserem Land. Natürlich auch anstrengend – aber das darf es auch sein, wenn das Ergebnis stimmt.



Nicola Beer

Foto: Picture-Alliance

Das Wahlprogramm trägt den Titel „Schauen wir nicht länger zu“. Was hat es damit auf sich?

In Deutschland wurde viel zu lange ausgesessen, mit ruhiger Hand regiert oder abgewartet, statt gestaltet. Dabei wurden zahlreiche Chancen vertan, die Dinge besser zu gestalten. Politik darf sich nicht im Schielen auf Umfragewerte und vermeintliche Lufthoheit über Stammtische erschöpfen; die Menschen erwarten zu Recht, dass politische Ideen in den Raum gestellt und diskutiert werden. Gerade die sogenannte Große Koalition hat aber lieber zugeschaut, wie sich Dinge entwickeln, statt sie proaktiv zu gestalten. Doch wer immer nur zuschaut, der hat irgendwann das Nachsehen. Häufig kam in der zerstrittenen Truppe als Regierungshandeln nur der kleinste gemeinsame Nenner oder bürokratischer Blödsinn wie die Novelle der Mindestlohndokumentationspflichten-Verordnung und die Idee vom Führerschein für Paternoster heraus. Oder schauen Sie sich das Chaos an, das durch das Nichtstun gegenüber der unregulierten Einwanderung entstanden ist und uns nicht nur das Versagen der Bundesregierung, sondern auch der staatlichen Verwaltung vor Augen führt. Insgesamt gilt: Merkel verwaltet Schröders Agenda 2010, Schulz strebt ein politisches Revival der 1990er Jahre an. Wir hingegen wollen eine Agenda 2030 und die Zukunftsfragen mit den Bürgerinnen und Bürgern in Angriff nehmen und beantworten. Und das geht nur, wenn wir von den Zuschauerrängen wieder auf das Spielfeld in den Deutschen Bundestag wechseln.

Welche Themen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Bildung und Digitalisierung sind zentrale Zukunftsthemen. Nur, wenn wir bei diesen Themen signifikante Fortschritte

machen und unser Land wieder auf vordere Tabellenplätze bringen, werden wir unser Wohlstandsniveau halten können. Aber auch Europa, das genialste Friedensprojekt des letzten Jahrhunderts, droht zu scheitern, wenn wir nicht aufpassen und an den entscheidenden Stellen gegensteuern. Dieses Projekt, das uns Jahrzehnte lang Frieden, Freiheit und Wohlstand beschert hat, darf sich nicht nur in Sprechblasen und Sonntagsreden erschöpfen. Es muss angesichts neuer Herausforderungen dringend neu justiert werden. Das fehlt in der Bundesregierung völlig: ein vieltimmiger Chor statt einer konsistenten Strategie, wo die Zukunft Europas hingehen soll. Vor allem aber: Es reicht nicht aus, Europa nur in den Köpfen zu verankern. Europa braucht einen Platz in den Herzen der Bürgerinnen und Bürger, wenn es wieder Fahrt aufnehmen soll.

Der Debatte auf dem Bundesparteitag gingen umfangreiche Beteiligungsphasen voraus. Ihre Bilanz?

Manche Partei hat sich in der Vergangenheit angestrengt und auch gerühmt, Basispartei zu sein. Wenn es aber eine politische Gruppierung in Deutschland gibt, die tatsächlich Mitwirkungsmöglichkeiten für Mitglieder und auch Außenstehende eröffnet hat, dann sind das die Freien Demokraten. Hier wurde Politik nicht top down verordnet, sondern gemeinsam mit den mehr als 56.000 Mitgliedern und vielen politisch Interessierten, die noch nicht Mitglieder sind, entwickelt – allerdings nicht mit ewig offenem Ende, sondern zielführend. Mir ist es wichtig, die Schwarmintelligenz der Mitglieder zu nutzen, ihre Erfahrungen zu hören – sei es online oder im persönlichen Gespräch. Seit 2013 haben wir kontinuierlich die Mitglieder einbezogen und es hat sich ausgezahlt. Nie war die FDP geschlossener. Die Mitglieder identifizieren sich mit der Partei, weil sie spüren, dass viel von ihnen selbst darin steckt. So anstrengend der Prozess zuweilen war, so befruchtend und lohnend war er. Der Weg zurück in den Bundestag führt über die Mitglieder. Denn während in anderen Parteien die Wahlkämpfer gar nicht wissen, was genau sie denn im Auftrag der Parteispitze verkünden sollen, falls sie sich überhaupt damit identifizieren können, steht unsere Mannschaft geschlossen hinter unserem Wahlprogramm: sie weiß, worüber sie redet, und sie will es auch erreichen. Das werden wir sicher am Wahlabend auch am Ergebnis ablesen können.

Das Beste für unser Land

In Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen haben die Freien Demokraten Rekordergebnisse erzielt und sind zur Übernahme von Verantwortung bereit. Vor der Bundestagswahl läuft alles nach Plan.



Nils Droste
Chefredakteur

Als hätten sie sich verabredet: Nahezu im Gleichtakt kommen die Unterhändler in Kiel und Düsseldorf zum Abschluss. Alle Themen sind abgearbeitet, alle Hindernisse ausgeräumt. Bis auf eine kleine Nickligkeit in Schleswig-Holstein verliefen die Koalitionsgespräche geräuschlos, zügig und vor allem erfolgreich. Die Liberalen sind im Plan, wie Wolfgang Kubicki am Wahlabend der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sagte. Und dieser Plan geht auf. Die neue Eigenständigkeit und Souveränität tut den Freien Demokraten gut. Für Koalitionen sind die Inhalte das zentrale Kriterium. Schon bei den Landtagswahlen im letzten Jahr wurde deutlich: Können liberale Inhalte umgesetzt werden, geht das auch wie in Rheinland-Pfalz in einer Ampel-Koalition. Ist dies wie in Baden-Württemberg nicht

möglich, gehen die Freien Demokraten in die Opposition. „Entscheidend ist es, dass wir inhaltliches Profil zeigen können“, unterstreicht Christian Lindner. Dieser Kurs wird vom Wähler honoriert. Zuerst holt Wolfgang Kubicki bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 11,5 Prozent und damit das zweitbeste Wahlergebnis der Geschichte. Eine Woche später legt Christian Lindner dann noch eine Schippe drauf. In Nordrhein-Westfalen werden es ganze 12,6 Prozent. Ein sensationelles Ergebnis und das historisch beste der Geschichte dazu. Mit ihren Kampagnen treffen die Freien Demokraten in beiden Bundesländern einen Nerv. Klarer Fokus auf die zentralen Inhalte Bildung, Wirtschaft und Infrastruktur – zugeschnitten auf die beiden Spitzenkandidaten Kubicki und



Die neue Fraktionsführung im Landtag in Düsseldorf

Lindner. Passend dazu die beiden Slogans: „Das Beste für Schleswig-Holstein“ und „Es geht um unser Land“. Und natürlich Freie Demokraten, die leidenschaftlich Wahlkampf machen.

Schon der Bundesparteitag Ende April in Berlin lässt den kommenden Erfolg erahnen: gute Stimmung, gute Wahlergebnisse und gute Beschlüsse. Das Medienecho fällt entsprechend aus. Anders als 2013 ist der Wahlkalender in diesem Jahr auf Seiten der Freien Demokraten. „Das waren Meilensteine, die hier gelegt worden sind. Eine bessere Ausgangslage für die Bundestagswahl haben wir uns gar nicht vorstellen können“, bilanziert Kubicki die Landtagswahlen. Für Kubicki und Lindner geht es gleich weiter, denn der Politikwechsel ist möglich. Und so starten nach kurzer Zeit

die Koalitionsverhandlungen über eine Jamaika-Koalition in Kiel und über Schwarz-Gelb in Düsseldorf. Dabei ist klar: Die Freien Demokraten sind zur Übernahme von Verantwortung bereit, aber es gibt keinen Koalitionsautomatismus. Die Gespräche werden deshalb hart, aber herzlich geführt.

Für die Freien Demokraten Nordrhein-Westfalen verhandeln neben Christian Lindner Johannes Vogel, Dr. Joachim Stamp, Yvonne Gebauer, Christof Rasche und der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident des Landes Prof. Dr. Andreas Pinkwart. In Schleswig-Holstein führt der Landesvorsitzende Heiner Garg mit Unterstützung von Wolfgang Kubicki, Christopher Vogt und Bernd Buchholz die Verhandlungen.



Die neue Landtagsfraktion in Kiel

Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Umfangreiche Investitionen in Bildung, Glasfaser, Verkehrsinfrastruktur und die Sicherheitsbehörden – auf Basis solider Finanzpolitik. In Nordrhein-Westfalen soll es zudem ein Schulfreiheitsgesetz, eine Unterrichtsgarantie, eine digitale Verwaltung, ein bürokratiefreies Gründerjahr und ein Entfesselungsgesetz für die Wirtschaft geben. „Unser Ziel ist es, dass Nordrhein-Westfalen freier, fairer, digitaler und weltoffener wird“, betont Lindner.

Nun haben die Mitglieder das letzte Wort, bevor die Arbeit beginnen kann. Eine echte Verschnaufpause muss dann entfallen: Die Bundestagswahl steht vor der Tür.

Die neuen Landtagsfraktionen

Schleswig-Holstein (9): Wolfgang Kubicki, Christopher Vogt, Anita Klahn, Dr. Heiner Garg, Oliver Kumbartzky, Annabell Krämer, Dennys Bornhoeft, Kay Richert und Stephan Holo-waty.

Nordrhein-Westfalen (28): Christian Lindner, Dr. Joachim Stamp, Angela Freimuth, Ralf Witzel, Marcel Hafke, Marc Lürbke, Christof Rasche, Dietmar Brockes, Yvonne Gebauer, Henning Höne, Dirk Wedel, Dr. Werner Pfeil, Ralph Oliver Bombis, Susanne Schneider, Thomas Nückel, Moritz Körner, Andreas Terhaag, Stephen Paul, Rainer Matheisen, Markus Diekhoff, Jörn Freynick, Stefan Lenzen, Christian Mangen, Martina Hannen, Franziska Müller-Rech, Bodo Middeldorf, Stephan Haupt und Ulrich Reuter.

DAS DOOFGEDICHT

GEDICHT ZUR GEFÜHLTEN LAGE DER WELT

**POLITIK DOOF
DEUTSCHLAND DOOF
RUSSLAND DOOF
ENGLAND DOOF
EUROPA DOOF
AMERIKA JETZT AUCH DOOF
FDP SOWIESO DOOF**

**GREXIT DOOF
BREXIT TOTAL DOOF
FAKE NEWS DOOF
ECHTE NEWS DOOF**

**ARBEIT DOOF
ARBEITSLOS DOOF
STEUERN DOOF
SCHULE DOOF
KEINE SCHULE SUPER DOOF
DIGITALISIERUNG DOOF
KEIN WLAN DOOF**

**WESTEN
OSTEN
MITTLERER OSTEN
DOOF**

**KRITIKER
ZYNIKER
POLITIKER
SCHON IMMER DOOF**

**CDU
NSA
AGB
LOL
Q&A
SPD
AFD
ALLE DOOF**

**TRUMP SOWIESO DOOF
ERDOGAN DOOF
MERKEL DOOF
GABRIEL DOOF
SCHULZ DOOF
LINDNER MEGA DOOF**

**NIE WAR ES EINFACHER,
ALLES BESSER ZU MACHEN.**

#SchauenWirNichtLängerZu

Agenda-Reform: Investition in die Zukunft der Beschäftigung

Der Arbeitsmarkt steht vor großen Herausforderungen. Während die SPD die Agenda 2010 infrage stellt, gibt die Stiftung mit dem Arbeitsmarktexperten Heinrich Alt wichtige Impulse.



Annett Witte
Leiterin Liberales Institut

Die Debatte um eine Reform des Arbeitsmarkts geht weiter. Ausgerechnet von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz kam der programmatische Aufschlag, die Agenda 2010 weiter abzuwickeln. Das ist ermüthend, aber nicht überraschend. Es passt zum sozialpolitischen Regierungshandeln der vergangenen Jahre: Statt den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, werden mehr und mehr Bremsen bei Jobs eingebaut, wie beispielsweise durch die Beschränkung bei Werkverträgen. Für Langzeitarbeitslose schwinden dadurch Chancen. Das Ergebnis: Der Sozialstaat ist teurer, aber nicht besser geworden.

Der SPD stünde es gut an, ihren Fachleuten zuzuhören. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat es getan. Wir befragten das langjährige Vorstandsmitglied der Bun-

desagentur für Arbeit und den führenden Arbeitsmarktexperten, Heinrich Alt, zu seinen Vorstellungen. Das Ergebnis des Gutachtens: Nur ein radikaler Umbau der Grundsicherung kann das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit lösen. Statt vorrangig für Transferleistungen sollten Mittel, Ressourcen und Potenziale für strukturelle Veränderungen eingesetzt werden. Denn keine Veränderung im Leistungsrecht löst dauerhaft ein Problem. Stattdessen sollte sich alle Energie auf die Integration in Ausbildung und Beschäftigung konzentrieren.

Zu viel Bürokratie, zu viele passive Einzelfalleistungen und Fehlanreize bei den Regelungen des Zuverdiensts bestimmen heute das System der Grundsicherung. Daraus folgt ein fundamentales Ungleichgewicht: Ein dynamisches Be-



Agentur für Arbeit

Foto: Picture-Alliance

schäftigungswachstum geht mit einem nur mäßigen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit einher. Die Bilanz der Bundesagentur für Arbeit erschreckt: Trotz 655.490 offener Stellen im vergangenen Jahr sind noch immer fast eine Million Menschen in Deutschland langzeitarbeitslos. Nicht die Investition in die Arbeitslosigkeit, sondern die Investition in die Zukunft der Beschäftigung, hilft den Betroffenen. Heinrich Alts Reformmaßnahmen setzen dort an. So schlägt er vor, Leistungen der Grundsicherung stark zu vereinfachen, zu entbürokratisieren und leistungsanreizend auszugestalten. Langzeitarbeitslosen, Alleinerziehenden und Ungelehrten sollen attraktive und zielgenaue Maßnahmen angeboten werden. Das System der Arbeitslosenversicherung möchte Alt reorganisieren und die vorhandenen

Ressourcen effizienter nutzen, damit die Grundsicherung zur Ausnahme wird. Zudem empfiehlt er, die Jobcenter organisatorisch und infrastrukturell zu stärken und Bildung und Teilhabe zukünftig in die Verantwortung der Jugendämter zu geben.

Neben der Langzeitarbeitslosigkeit stellen sich auch neue Herausforderungen: Digitalisierung, demografische Entwicklung, Fachkräftemangel und Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt – auf diese Fragen brauchen wir zeitgemäße Antworten. Das Gutachten von Alt liefert dafür interessante Denkanstöße. Liberale Reformvorschläge wie die Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten und das Konzept des liberalen Bürgergelds sind weitere substantielle Impulse für die Debatte.

Schützen durch Nützen – für eine moderne innovative Landwirtschaft

Wir Freien Demokraten stehen an der Seite der Landwirte und bekennen uns zu ihren Leistungen für Natur und Gesellschaft. Denn eine Politik für die unternehmerische Landwirtschaft ist eine Politik für den ländlichen Raum.



Christian Dürr
Sprecher der Fraktionen

Die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt im ländlichen Raum, der etwa 90 Prozent der Fläche unseres Landes ausmacht. Dort haben Landwirte unsere ökologisch wie touristisch attraktiven Kulturlandschaften seit Generationen nachhaltig geformt, um ihre Familien zu ernähren. Gemeinsam mit der gesamten Agrarwirtschaft sind sie die wichtigsten Garanten für Arbeitsplätze in der Region. Deshalb brauchen ländliche Räume eine starke landwirtschaftliche Wertschöpfungskette mit einer flächendeckend gesicherten Produktionsbasis ohne überbordende Bürokratie und unnötige Auflagen. Die Sicherung des Eigentums spielt dabei eine wichtige Rolle.

Aktuell tut die Politik nichts, um für diese Grundlagen einer unternehmerischen Landwirtschaft einzustehen. Wichtig

wäre es beispielsweise, endlich ein EU-einheitliches Messnetz zur Beobachtung von Nitrat im Grundwasser zu schaffen sowie eine bessere Verteilung von Wirtschaftsdüngern aus Überschussregionen in Ackerbauregionen voranzubringen. Stattdessen wurde von Bund und Ländern eine Düngeverordnung beschlossen, die erhebliche zusätzliche Kosten auf den Betrieben verursacht, eine bedarfs- und standortgerechte Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Kulturen unmöglich macht und wenig Nutzen für die Umwelt bringt.

Unsere Landwirtschaft ist aber bereit und auch in der Lage, sich dynamischen Veränderungsprozessen zu stellen und tatsächliche Herausforderungen anzugehen. Beispielsweise ist die Produktion von Nahrungsmitteln durch Entwicklun-



Foto: Picture-Alliance

Digitalisierung in der Landwirtschaft

gen wie Big Data immer ressourcenschonender möglich. So lassen sich mit der Präzisionsdüngung schon heute erhebliche Mengen Dünger sparen, während gleichzeitig die Erträge steigen. Im Pflanzenschutz ist es mit neuen Applikationstechniken bald möglich, Unkrautbehandlungen einzelpflanzengenau durchzuführen. Aufgrund der vielfältigen Chancen, die diese neuen Technologien mit sich bringen, müssen Bund und Länder dringend eine Strategie zur Digitalisierung in der Landwirtschaft erarbeiten und umsetzen. Denn in Zukunft bietet die Digitalisierung auch ganz neue Chancen, dem Verbraucher Lebensmittel anzubieten, die nach seinen Wünschen produziert werden.

Damit die unternehmerische Landwirtschaft diese positive Entwicklung fortsetzen kann, sind drei Voraussetzungen

erforderlich. Erstens müssen in der Diskussion über die Zukunft ökonomische Notwendigkeiten gleichberechtigt zu ökologischen Fragestellungen bewertet werden. Veränderungen aufgrund höherer Erwartungen an Standards können nur erreicht werden, wenn die Betriebe mit neuer Technik auch Geld verdienen können. Zweitens ist die Diskussion über landwirtschaftliche Themen faktenbasiert zu führen. Wenn beispielsweise die Wissenschaft das Pflanzenschutzmittel Glyphosat unter definierten Anwendungsbedingungen für ungefährlich hält, ist ein Verbot aus ideologischen Gründen abzulehnen. Drittens müssen wir das Wissen der hervorragend ausgebildeten jungen Landwirte nutzen. Sie sind die Experten in der Landwirtschaft und unsere wichtigste Ressource für die Zukunft.

